

## Versammlung der Schuhmacher.

Budapest, 20. Mai.

Im alten Abgeordnetenhaus hatten sich heute die Schuhmacher der Hauptstadt und der Provinz in sehr großer Zahl eingefunden, um die Beschwerden gegen die neueste Regierungsverordnung über den Schuhverkehr zu erörtern. In der Versammlung nahmen mehr als fünfzehnhundert Schuhmacher teil. Die Beratung verlief zuweilen recht stürmisch.

Reichstagsabgeordneter Desider P. Abraham führte den Vorsitz und verwies auf die Mißstände, die bisher in bezug auf die Schuhversorgung bestanden und die exorbitante Schuhvertenerung verursacht haben. Die Polizei hat, ohne die beschuldigten Schuhmacher anzuhören, große Strafen verhängt. Nun hat die Regierung, ohne die Interessenten der Branche anzuhören, eine Verordnung erlassen, deren Durchführung vollständig unmöglich erscheint. Die Schuhmacher haben bisher von Winkelhändlern das Leder zu 35 bis 50 k pro Quadratmeter gekauft. Für die Zukunft wird das unmöglich sein, man wird keine Rohware erhalten, das Publikum wird daher Schuhkarton, aber keine Schuhe haben.

Alexander Gerö kritisierte sodann eingehend die neue Verordnung und beklagte, daß man sie ohne Anhörung von Fachleuten ausgearbeitet habe. Man drohe den Schuhmachern damit, daß man sie auf Grund des Kriegseistungsgesetzes einberufen werde. Die Polizei habe unzulässige Gewerbetreibende der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Der Redner legte einen Beschlusstrag vor, der eine Abänderung der vom Standpunkte des Schuhmacher-gewerbes gravaminösen Verordnung fordert.

Der Kongreß beschloß ferner, morgen vormittag durch eine Monsterverdeputation den Staatssekretär des Handelsministeriums Johann v. Szürh aufzusuchen und ihm auch mündlich die Bitte um Abänderung der Verordnung vorzutragen, denn man könne weder durch Errichtung von staatlichen Schuhreparaturwerkstätten noch durch die Einberufung der Schuhmacher die Meister dazu zwingen, ohne jeden Verdienst Reparaturen zu übernehmen. Die Regierungsverordnungen können nur durchgeführt werden, wenn für sämtliche Zubehöre Höchstpreise festgestellt werden. Die Versammlung beschloß gleichzeitig, sich an das Abgeordnetenhaus mit einer Beschwerde zu wenden.

Auf Antrag Alexander Gerös hat die Versammlung auch dem Vorschlage zugestimmt, in den Schuhmacherwerkstätten und Schuhgeschäften die Arbeit von morgen an einzustellen und so lange nicht zu arbeiten, bis die geforderten Abänderungen angeordnet werden.

Es sprachen noch Stefan Bauer (Szombathely), Wilhelm Sternberg und Josef Bedö, die heftige Angriffe gegen die Leder- und Schuhzentrale richteten und die Forderung aufstellten, daß Höchstpreise für sämtliche Bekleidungsartikel festgesetzt werden sollen. Aurel Kramer wünschte die Abschaffung der Schuhreparaturkarte.

Endlich beschloß die Versammlung, morgen beim Oberstadthauptmann László Sándor durch eine Deputation vorzusprechen. Unter großer Aufregung der Teilnehmer wurde die Versammlung geschlossen.